

# Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus : globale Alternativen

Autor(en): **Schäppi, Hans**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **28 (2008)**

Heft 55

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652189>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus

## Globale Alternativen

Die Finanzmarktkrise ist bloss der aktuellste Ausdruck einer tiefen krisenhaften Entwicklung der Weltwirtschaft. Diese begann im Sommer 2007 in den USA im Immobilienbereich, als überschuldete Häuserbesitzer ihre Zinsen nicht mehr zahlen konnten und ihre als Wertpapiere gehandelten Hypotheken rasch an Wert verloren. Dies führte in diesem Herbst 2008 zur Bankenkrise und zu einem Crash an den Börsen, welche das Funktionieren des globalen Kreditsystems fundamental erschüttert haben. Für die Lohnabhängigen unmittelbar dramatisch sind die Auswirkungen des Abgleitens verschiedener Länder in eine Rezession, wenn nicht sogar in eine längere Phase der Depression. Nicht vergessen werden dürfen ferner die anhaltenden Nahrungsmittel- und Hungerkrisen sowie die sich zuspitzenden ökologischen Probleme, die dringlichst der Lösung harren (Altwater 2008).

Da sich die verschiedenen Stränge der Krise wechselseitig verstärken, und weil die Problemlösungen nicht auf die schwächeren Entwicklungs- und Schwellen-Länder abgewälzt werden konnten, sondern die USA, Europa und Japan im Zentrum der Krisenentwicklung stehen, muss mit einem länger andauernden Zeitraum der Krise gerechnet werden, die wie alle grösseren Krisen die Weltwirtschaft insgesamt in aller Härte trifft. Es handelt sich nicht nur um einen zyklischen oder konjunkturellen Einbruch, welcher zur Bereinigung der Profitabilität innerhalb eines herrschenden Regimes der Kapitalakkumulation führt. In grossen Krisen kommt es oft zum Bruch mit einem Akkumulationsregime. Aus marxistischer Sicht ist das kapitalistische System der Weltwirtschaft kein Gleichgewichtssystem, das erst aufgrund externer Faktoren in eine Krise gerät, um daraufhin ein neues Gleichgewicht anstreben zu können. Vielmehr spitzen sich aufgrund von wirtschaftlichen Veränderungen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen die inneren Widersprüche der Profitproduktion so zu, dass neue, noch unbekannte Konstellationen entstehen müssen, damit die Profitwirtschaft überhaupt weitergeführt werden kann, wenn sie nicht aufgrund von Widerstand und Kämpfen radikal infrage gestellt und überwunden wird.

Es gibt Gründe zur Annahme, dass in der gegenwärtigen Entwicklungsdynamik zwei Krisen zusammentreffen: Zum einen jene des in den 1980er Jahren entstandenen neoliberalen Regimes der flexiblen Akkumulation (vgl. Eberle/Schäppi 2008), zum anderen jene des US-zentrierten Akkumulationsregimes, das sich im und nach dem 2. Weltkrieg herausgebildet hat. Krisen historischen Ausmasses sind immer eine Herausforderung für die Linke, weil sie eine neue Etappe der Auseinandersetzungen eröffnen. Der Ausgang der Krisenbewältigung jedoch hängt vom gesellschaftlichen

und politischen Kräfteverhältnis ab, das von Land zu Land unterschiedlich ist. So steht gegenwärtig einmal mehr die Politik der Linken auf dem Prüfstand. Sie wird der Herausforderung nur gerecht, wenn sie radikale Analysen leistet, die Systemfrage stellt und alternative Antworten gibt.

### **Aufschwung und Krise des Regimes der flexiblen Akkumulation**

Spätestens seit 1945 besitzen die USA in der Weltwirtschaft als Träger der liberalen Ideologie und des Freihandelsimperialismus eine hegemoniale wirtschaftliche und militärische Stellung. Mit dem Vietnamkrieg geriet die US-Hegemonie Anfang 1970er Jahre in eine Krise, aus der sich die USA einerseits mit dem verstärkten Ausbau neuer Finanzmechanismen und Instrumente wie der Derivate, andererseits mit einer starken Abwertung des Dollars und der Einführung flexibler Wechselkurse rettete. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems war auch ein Ausdruck der beginnenden Dominanz der Finanzmärkte als global regulierendem System (Hafner 2002). Mit dem Zusammenbruch der UdSSR zu Beginn der 1990er Jahre schien die US-Dominanz gar einen Höhepunkt zu erreichen. Zentrale Faktoren der hegemonialen Stellung der USA sind der Dollar als Leitwährung, abgestützt auf das wirtschaftliche Gewicht der USA und deren militärische Vorherrschaft. Aus diesem imperialen Überlegenheitsbewusstsein heraus konnten sich seit Reagan die USA-Regierungen erlauben, ihre Bevölkerung über ihre Verhältnisse leben zu lassen. Das Leben auf Pump, der Überkonsum, die überdimensionierten Militärausgaben und die damit zusammenhängende Verschuldung wurden durch die Zahlungsbilanzüberschüsse von EU-Ländern, Japans und – heute zunehmend – Chinas und der erdölexportierenden Länder des Nahen Ostens ermöglicht.

In der Krise der 1970er Jahre wurde aber nicht nur die US-Hegemonie neu definiert, es hat sich als Reaktion auf die strukturelle Überakkumulation und die sozialen Kämpfe und Streiks Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre auch ein neues Regime herausgebildet: jenes der flexiblen Akkumulation. Es resultiert aus den neoliberalen Umstrukturierungen, insbesondere aus dem Abbau aller Beschränkungen für den Handelsverkehr, für Investitionen, Kapitaltransfers und Devisenhandel. Die Liberalisierungsmassnahmen, insbesondere die Freiheit des weltweiten Investierens, unterstützt durch die neuen Finanztechniken, bilden bekanntlich den ökonomischen Kern dessen, was Globalisierung genannt wird. Diese Liberalisierung ermöglichte die weltweite Jagd nach den höchsten Profiten und heizte die Standortkonkurrenz an. Diese bietet optimale Möglichkeiten, am Standort Lohnrestriktionen, eine Disziplinierung der Gewerkschaften und damit die Verschiebung von den Lohneinkommen zu den Profiten und Gewinneinkommen durchzusetzen.

Der Begriff der Liberalisierung darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass erstens gerade diese Massnahmen den Weg für die Monopol-

strategien der Multinationalen Konzerne ebnen, wie wir sie im Energiesektor, in der Nahrungsmittelindustrie, im Agrobusiness und in der chemisch-pharmazeutischen Industrie finden. Und zweitens darf die neoliberale Ideologie der „Marktfreiheit“ auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei der Durchsetzung der Liberalisierungen der Staat immer eine zentrale Rolle gespielt hat. Ein wichtiger Hebel war die in der strukturellen Krise der 70er Jahre entstandene Massenarbeitslosigkeit, welche im Rahmen der Standortkonkurrenz die Gewerkschaften schwächte, wobei auch hier der Staat eine stark repressive Rolle gespielt hat, wie die Politik Reagans gegen die Fluglotsen oder Thatchers Kampf gegen die Bergarbeiter gezeigt haben. Die Ideologie der „Marktfreiheit“ war damals schon legitimatorischer Vorwand. Und heute, wo mit staatlichen „Rettungsprogrammen“ Banken und Industriezweige massiv subventioniert werden und die Wirtschaftspolitik auf reinen Protektionismus setzt, ist sie völlig diskreditiert.

Ein Grundzug des Regimes der flexiblen Akkumulation ist die Steigerung der Ausbeutungsrate als Antwort auf die sinkende Profitrate und die Überproduktion in den traditionellen fordistischen Sektoren wie der Auto- oder Haushaltsgeräteherstellung. Umgesetzt wird das Regime durch Lohnflexibilisierung, Lohnrestriktion, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsintensivierung, Abbau bei den Sozialleistungen, Steuererleichterungen für Reiche und Angriffe auf die Gewerkschaften. Ziel ist eine Umverteilung von den Löhnen zu den Profiten und Gewinneinkommen und die Folge davon sind eine Beschränkung des Massenkonsums und eine Ausweitung des Luxuskonsums. Am härtesten spürbar sind diese Folgen der neoliberalen Restrukturierung jedoch in der verschärften Ausbeutung, Unterordnung und Abhängigkeit der Länder der Peripherie.

Der Begriff der Globalisierung ist, wie James Petras zurecht bemerkt, eine Verschleierung des realen Imperialismus (Petras/Veltmeyer 2001). Und zwar deshalb, weil die Plünderung der Peripherie als ein gleichsam naturwüchsiger Prozess dargestellt wird, zu dem es keine Alternativen gebe und von dem angeblich alle profitieren würden. Das global hegemoniale neoliberale Regime führte in den 1980er Jahren zur Verschuldungskrise in vielen Ländern der Peripherie, denen in den 1970er Jahren billige Kredite gewährt worden waren, die sich als Folge der US-amerikanischen Hochzinspolitik ab 1979 massiv verteuerten. Die sogenannten „Strukturpassungsmassnahmen“ des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank, welche die Zinszahlungen der verschuldeten Länder sicherstellen sollten, trugen wesentlich zur Prekarisierung und Verarmung in diesen Ländern bei. In den 1990er Jahren führte das neoliberale Regime dann zu immer heftigeren Finanz- und Wirtschaftskrisen, 1994 zur Krise in Mexiko, der sogenannten „Tequila-Krise“, 1997 zur Asienkrise, 1998 zur Krise in Russland und Brasilien und 2001 zum wirtschaftlichen Zusammenbruch Argentiniens. Solange diese Krisen auf die Länder der Peripherie beschränkt blieben, suchte man deren Ursachen keinesfalls im

neoliberalen Regime. Es musste schon ein Crash in den Zentren stattfinden, bis auch hier der Neoliberalismus und seine Politik grundsätzlich in Zweifel gezogen wurden.

Die in ihrer Souveränität eingeschränkten und wirtschaftlich abhängigen Länder wurden verstärkt zum Gegenstand einer „Akkumulation durch Enteignung“ (David Harvey). Hohe Profite werden gemacht, indem sich die Multinationalen Konzerne die Ressourcen in diesen Ländern aneignen. Dabei geht es um Land, Wasser, Bodenschätze, Pflanzen, Wissen u.a.m. Die Enteignung wird abgesichert durch die zunehmende Verschärfung des Patentschutzes im sogenannten TRIPS-Abkommen der Welthandelsorganisation WTO, ähnlich wie im England des 16. Jahrhunderts, als das den Gemeinden und den Bauern gestohlene Land von den adeligen Grossgrundbesitzern eingezogen wurde (Enclosures). Zur Akkumulation der Enteignung gehören auch die Privatisierungen öffentlicher Infrastrukturen und Güter, da hier kein Mehrwert geschaffen, sondern Werte angeeignet werden, die von anderen geschaffen worden sind. Abgesichert werden diese Strategien der Enteignung und der Plünderung durch die Etablierung und Militarisierung von Marionettenregimes wie in Kolumbien oder durch imperialistische Interventionskriege wie in Ex-Jugoslawien, in Afghanistan oder im Irak.

Durch solche Massnahmen konnten zwar die Profite auf das Niveau gesteigert werden, wie es vor dem Trendbruch der 70er Jahre bestanden hatte; eine entsprechende Steigerung der Akkumulations- und Investitionsrate blieb aber aus. Die Schere zwischen Profiten und Investitionen ist ein grundlegendes Merkmal des Regimes der flexiblen Akkumulation (Husson 2008, Huffs Schmid 2007). Neben der Profitsteigerung durch erhöhte Ausbeutungsrate, der Verlagerung der gesellschaftlichen Bedürfnisse auf schwerer zu rentabilisierende Bereiche (Krise des fordistischen Konsummodells) und der Akkumulation durch Enteignung gibt es noch eine weitere Ursache für diese Schere zwischen Profiten und Investitionen: Mit der neoliberalen Strategie wurden die Kapitaleigentümer wieder in ihre „vollen Rechte“ gegenüber Organisationen wie den Gewerkschaften eingesetzt, und zusammen mit den Pensionskassenfonds setzten sie optimale Bedingungen für die Profitmaximierung durch (Share-holder-value-Konzept). Die Liberalisierung der Finanzmärkte erlaubte dem Kapital, sich frei zu bewegen und dort zu investieren, wo man die höchsten Profite erwartete. Abzocker in diesen Geschäften waren und sind weiterhin nicht nur die Manager mit ihren Boni, sondern auch die Grossaktionäre und Spekulanten wie Martin Ebner, Christoph Blocher u.a.m., die wider besseres Wissen um die Risiken dieser Finanzstrategien dennoch lange mitspielten.

Die Schere zwischen Profiten und Investitionen ist ein weiteres Merkmal der neuen Konstellation: Einerseits die chronische Tendenz zur Massenarbeitslosigkeit und zur Unterkonsumtion aufgrund der eingeschränkten Massenkaufkraft und andererseits die sogenannte „Finanzialisierung“. Letzteres heisst: Die Profite werden nicht mehr in den realen Produktions-

prozess investiert, sondern sie fließen in die Spekulationsgeschäfte. Aufgrund des überschüssigen Kapitals wuchs der Finanzsektor massiv an und alles schien sich nur noch darum zu drehen, wie aus viel Geld noch mehr Geld gemacht werden kann, ohne dass überhaupt reale Arbeit geleistet oder investiert wird. Die Liberalisierung der Finanzmärkte und die wachsende Bedeutung des Finanzsektors begannen die Realwirtschaft zu destabilisieren.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Finanzkapitals und der Spekulation konstruieren heute einzelne Vertreter der Linken einen Gegensatz zwischen dem „bösen“ Finanzkapital und dem „guten“ Realkapital, wobei das Finanzkapital das Realkapital „ausbeute“ und durch seine „Exzesse“ die Krise verursacht habe. Diese Sichtweise blendet einiges aus. Ähnlich wie bürgerliche Politiker, Finanzprofessoren und Bankiers es in den letzten Monaten immer wieder getan haben, wird nach – an sich vertretbaren – Reformen am Finanzmarkt bzw. des Kreditgeschäfts gerufen, um das „Schmieröl“ eines funktionierenden Börsen- Kapitalismus sicherstellen zu können. Dabei bleibt die Tatsache unbeachtet, dass sich Multinationale Konzerne ebenfalls als Finanzunternehmen betätigen und wie letztere nach höheren Ausbeutungsraten und Maximalprofiten jagen, wie es in der Schweiz z.B. bei Nestlé, Glencor und der Pharmaindustrie zu beobachten ist. Diese setzen mit voller Kraft auf Lohnrestriktion, Monopolbildung und Akkumulation durch Enteignung und Plünderung der Ressourcen.

### **Die Krise des US-zentrierten Akkumulationsmodells**

Konnte der Zusammenbruch der New Economy 2001/2002 noch durch massive Zinssenkungen der US-amerikanischen Notenbank und durch den Kriegskeynesianismus, den Afghanistan- und Irakkrieg, rasch überwunden werden, so scheint heute diese Politik an ihre Grenzen zu stossen. Weitere Zinssenkungen, eine weitere starke Abwertung des Dollars und eine zusätzliche Ausweitung der Verschuldung scheinen als Weg aus der Krise versperrt. Die heutigen keynesianischen „Rettungsprogramme“, mit denen ein überdimensionierter, parasitärer Finanzapparat subventioniert und aufrechterhalten werden soll, werden die Probleme nicht lösen, sondern im Gegenteil mittelfristig die Konsum- und Investitionsmöglichkeiten einschränken und damit die Krise eher verschärfen. Auch wird damit die nächste spekulative Blase eingeleitet. Als beinahe einzige Möglichkeit bleibt der Kriegskeynesianismus, also ein weiterer Interventionskrieg, was aber ebenfalls mit Risiken verbunden und mittelfristig ökonomisch kontraproduktiv ist. Wie der Irakkrieg gezeigt hat, verwandeln sich kurzfristige ökonomische Vorteile solcher Raubzüge nach vier bis fünf Jahren in ihr Gegenteil (vgl. Baker 2007).

Wenn ein Akkumulationsregime in die Krise gerät, so sind die Ursachen meistens in der vorhergehenden Phase zu suchen. Nach der Asienkrise von

1997/98 begannen sich einige der betroffenen Länder neu auszurichten: Sie trafen Massnahmen, um sich aus der Abhängigkeit der imperialistischen Länder zu befreien. Und seit 2002 gibt es in Lateinamerika unter der Führung von Venezuela Bestrebungen, mit dem 'Washington Konsens' zu brechen, d.h. sich vom Diktat der internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF und der Weltbank und damit vom Dollar-Wallstreet-Regime abzukoppeln. Auch hat die globalisierungskritische Bewegung dazu beigetragen, das neoliberale Einheitsdenken aufzubrechen. Zudem wäre es nicht das erste Mal, dass eine Niederlage in einem Krieg, d.h. das Scheitern der Interventionskriege der USA und ihrer Trabanten in Afghanistan und im Irak, einen Wechsel des ökonomischen oder politischen Regimes herbeiführt. Anzeichen dafür ist die Tatsache, dass heute einige Länder der Peripherie nicht nach Finanzmitteln in den Zentren suchen, sondern dass die Zentren auf Finanzhilfe aus den Schwellenländern angewiesen sind und dass sie diese nun zu Konferenzen herbeiziehen müssen, weil sie von ihnen einen Beitrag zur Lösung ihrer Probleme erwarten (Tandon 2008a).

Wegen der Krise des US-zentrierten Akkumulationsmodells dürfte die jetzige Wirtschaftskrise tiefer gehen und lange andauern. Hauptbetroffene sind die USA, die europäischen Länder und Japan. Unschwer voraussagen ist, dass diese Krise die Gegensätze zwischen den einzelnen Ländern verschärfen und innerhalb der Europäischen Union die politische Handlungsfähigkeit schwächen wird, da in einer solchen Krisenlage die nationalen Interessen stärker in den Vordergrund rücken und die internationalen Spannungen zunehmen werden. Insbesondere die osteuropäischen Länder, welche stark auf einen Kapitalzufluss angewiesen sind, dürften bei einer länger andauernden Kreditverknappung vor grossen Problemen stehen. Die Schweiz mit ihrem überdimensionierten Finanzsektor wird, wenn auch mit Verspätung, vor allem als Exportland von der Krise hart getroffen werden. Auch wird die Schweiz für einmal in einer Situation zunehmender Konkurrenz von ihrer Drehscheibenfunktion im globalen Finanzzusammenhang kaum mehr profitieren können.

Aber auch China ist von den Exportmöglichkeiten in die USA abhängig, und Länder wie Japan, Philippinen, Malaysia, Südkorea und Australien sind wiederum abhängig von den hohen Wachstumsraten in China (Walden Bello, 2008, bezeichnet dies als „Chain-Gang-Ökonomie“, weil diese Länder wie Sträflinge aneinandergelockt sind.) China hat aber den Ausweg beschritten, mehr für den Binnenmarkt zu produzieren und grosse Konjunkturprogramme einzuleiten. Gewiss ist, dass die Länder der Peripherie von der Krise ebenfalls massiv betroffen werden. Einige von ihnen sind durch den IWF und die Weltbank zur Konzentration auf einseitige Exportstrukturen genötigt worden, was sie heute äusserst krisenanfällig macht. Auch dürfte sich für sie der Rückgang der Rimesen, der Geldüberweisungen von EmigrantInnen ins Herkunftsland, nachteilig auswirken. Auf

der anderen Seite sind sie weniger durch überdimensionierte und unproduktive Finanzstrukturen belastet. Bleibt zu hoffen, dass jene Länder von der Krise weniger getroffen werden, die sich in den letzten Jahren bis zu einem gewissen Mass von der Globalisierung, d.h. vom Diktat der imperialistischen Zentren abgekoppelt haben.

Das Kräfteverhältnis zwischen Zentren und Peripherie, das sich schon seit der Jahrtausendwende verändert hat, dürfte sich durch die Krise noch weiter verschieben. Das US-zentrierte Herrschaftsmodell wird so zunehmend durch eine multipolare Welt abgelöst werden. Es wird für die USA zunehmend schwieriger werden, die Weltpolitik in einer Koalition mit „willigen“ Trabanten zu beherrschen. Die Legitimationsbasis des Neoliberalismus und des „Washingtoner Konsens“ wird weiter abbröckeln. Aber nicht nur die neoliberale Ideologie, auch die Institutionen der imperialistischen Zentren, der Internationale Währungsfonds IWF, die Weltbank und die Welthandelsorganisation WTO haben schon seit vier bis fünf Jahren an Bedeutung verloren und suchen nach einer Überlebensstrategie. Und es ist unschwer vorauszusehen, dass von verschiedener Seite, so auch von linker Seite, eifrig Vorschläge kommen werden, um diese imperialistischen Institutionen zu reformieren und zu retten.

### **Achsen einer radikalen und demokratischen Alternative**

Prognosen sind Glückssache. Zwei Dinge stehen allerdings fest: Erstens werden die Regierungen in den Zentren alles tun, um die Krise auf die Lohnabhängigen abzuwälzen und damit die Vorrechte des Kapitals zu bewahren. Und zweitens wird die Konkurrenz unter den nationalen Volkswirtschaften zunehmen. Die Stärkeren werden versuchen, die Krisenfolgen auf die Schwächeren abzuwälzen, insbesondere auf die Länder der Peripherie. Ohne Widerstand und Gegenwehr wird auch diese Krise für Millionen von Menschen Arbeitslosigkeit, Armut und Verelendung bringen. Auch bestehen kaum Zweifel, dass die herrschenden Akteure, wenn nötig, ohne Zögern zu autoritären Massnahmen greifen und die Demokratie weiter aushöhlen werden. Die ohne jede demokratische Legitimation lancierten protektionistischen Rettungsprogramme für Banken und Industriezweige deuten klar in diese Richtung. Die Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten wird diese für rechtspopulistische, fremdenfeindliche und faschistische Parolen anfällig machen. Gerade in der Krise darf die Linke das Feld nicht der Rechten und extremen Rechten überlassen. Sie hat vielmehr klare demokratische und antikapitalistische Alternativen vorzuschlagen und zur Diskussion zu stellen.

Eine radikale und demokratische Alternative muss entlang verschiedener Achsen entwickelt werden. Eine *erste* Achse beinhaltet die *Umverteilung des Reichtums*. Anstatt einen überdimensionierten Finanzbereich zu subventionieren, müssen Mittel zur Bekämpfung der Armut und der Prekarität



und zur Erhaltung unserer natürlichen Umwelt eingesetzt werden. Wichtig ist eine Stärkung der Kaufkraft durch existenzsichernde Löhne, die Indexierung der Löhne sowie Sicherung und Ausbau der Renten der Sozialversicherungen. Frauen sind oft die ersten Opfer einer Wirtschaftskrise und daraus ergeben sich entsprechende Anforderungen an „Rettungsprogramme“ in der Krise (Madörin 2008). In der Schweiz müssen die von der Krise ausgehöhlte 2. Säule unter Gewährleistung des Besitzstandes in die AHV eingebaut und das Umlageverfahren gestärkt werden. Wichtig ist auch ein sozialer und ökologischer Umbau des Steuersystems durch eine verstärkte Besteuerung von Gewinneinkommen und Vermögen, durch die Besteuerung umweltschädlicher Stoffe und Verfahren und eine steuerliche Entlastung der tieferen Einkommen.

Die soziale Infrastruktur als Rückgrat einer sozialen Demokratie muss ausgebaut und Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden. Gerade Privatisierungen als Ausdruck neoliberaler Plünderungswirtschaft haben viel zur Aufblähung des Finanzsektors beigetragen. In den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit, Kommunikation und Verkehr muss der Staat seine Dienstleistungen massiv ausbauen. Rentabilitäts Gesichtspunkte müssen zurückgedrängt und die Dienstleistungen müssen auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse ausgerichtet werden. Ein kostenloses Gesundheits- und Bildungswesen, wie es heute in Venezuela und anderen Staaten Lateinamerikas eingeführt und aufgebaut wird, ist einer der Grundpfeiler einer sozialen Demokratie. Bei all diesen Massnahmen geht es nicht nur um soziale Gerechtigkeit, es sind auch wirksame Massnahmen gegen die Krise.

Eine *zweite* Achse betrifft Massnahmen zur Stärkung und zum Ausbau der Demokratie gegen die durch die Krise bedingten autoritären Tendenzen. Mit staatlichen „Rettungsprogrammen“ wetteifern die Finanzplätze um die Begrenzung der Verluste: Ohne Rücksicht auf demokratische Verfahren wird im Dienste der Aufrechterhaltung des Bankensystems, der Kapitaleigner und Manager letztlich tief in die Taschen der Steuerzahler gegriffen. Es ist ein Skandal, wenn heute auch noch von linker Seite solchen Programmen, wenn auch mit Vorbehalten, zugestimmt wird (vgl. dazu Debatte Nr. 7, 2008). Im Vordergrund muss vielmehr die *demokratische Kontrolle des Kredits* stehen, d.h. die Verstaatlichung der Grossbanken und ihrer Kontrolle. Wenn Banken vor dem Bankrott gerettet werden müssen, so muss die Kontrolle der Bank an die Öffentlichkeit übergehen, und das Management und die Grossaktionäre haben für die angerichteten Schäden aufzukommen. Eine Verstaatlichung hat entschädigungslos zu erfolgen, wie dies z.B. in der Verfassung von Ecuador vorgeschrieben ist, welche die Verstaatlichung von privaten Schulden verbietet. Auch die Zentralbanken und die Versicherungskonzerne sind einer demokratischen Kontrolle zu unterstellen. Mit der öffentlichen demokratischen Kontrolle der Finanzwirtschaft und anderen Massnahmen gilt es, der Kapitalflucht, den Wäh-

rungsspekulationen im grossen Stil und den problematischen Kapitalverschiebungen grosser Internationaler Banken und Fonds und deren Kreditblockaden einen Riegel zu schieben.

Dabei sind in einem ersten Schritt zumindest die alten demokratischen Grundwerte wie etwa die Transparenz geltend zu machen. Finanzverträge – und alle derivaten Kontrakte sind nichts anderes als handelbare Vereinbarungen – sind zwingend dem Öffentlichkeitsprinzip zu unterstellen. Konkret bedeutet dies, dass nur noch an Börsen gehandelte Kontrakte über Rechtssicherheit verfügen sollen. Parallel dazu muss ein internationales Schulden- und Kreditregister eingeführt werden. Folgerichtig sind daher internationale Finanzinstitutionen (inkl. Basler Komitee) und private Kredit- und Kapitalfonds (inkl. Hedge-Fonds, Private Equity Fonds, Rating Agenturen) nach strengen Kriterien zu kontrollieren und zu regulieren. Off-Shore-Finanzplätze sind zu schliessen, weil sie ermöglichen, Steuersysteme und eine demokratische Kontrolle des Finanzbereichs zu unterlaufen und damit den Abfluss von Kapital aus Ländern der Peripherie in einer Krise erleichtern (Tandon 2008b).

Wenn heute von allen Seiten nach einer „Reform“ des internationalen Finanzsystems gerufen wird, so ist grösste Vorsicht am Platz. Das globale Finanzmarktsystem wird unter kapitalistischen Bedingungen seinen imperialistischen Charakter nicht verlieren wollen und weiterhin vorab den Interessen der Zentren gegenüber den Ländern der Peripherie und jenen der grossen Konzerne gegenüber der „kleinen“ Ökonomie dienen. Es ist offensichtlich, dass viele der heute aus Banken- und Regierungskreisen stammenden Vorschläge darauf hinauslaufen, grössere Länder in die Politik der Zentren einzubinden und dadurch die Vorherrschaft der Zentren über die Peripherie zu sichern, wie das an der Konferenz der G20 in Washington im November 2008 deutlich geworden ist. Insbesondere vonseiten der USA wurde angestrebt, den Internationalen Währungsfonds, den IWF, und die Welthandelsorganisation, die WTO wieder ins Spiel zu bringen. Gerade diese internationalen Finanzinstitutionen wie der IWF, die Weltbank und die WTO sind aber Teil des Problems und keineswegs dessen Lösung. Dies gilt auch für viele Vorschläge, die auf ein neues Bretton-Woods-System abzielen.

Eine *dritte* Achse beinhaltet deshalb Forderungen nach einer *Deglobalisierung* (Bello 2002). Im Zentrum steht dabei der Bruch mit dem sogenannten Washingtoner Konsens und die Loslösung aus der Abhängigkeit von den imperialistischen Zentren, der USA und der EU. Jede Nation hat das Recht, ihre Entwicklungsziele selber zu definieren und anzustreben, unabhängig von Pressionen internationaler Finanzinstitutionen und der Regierungen anderer Staaten. Die Schulden der ärmeren Entwicklungsländer sind ersatzlos zu streichen und die Schulden anderer Länder der Peripherie sind während der Dauer der Krise mindestens zu sistieren. Zur Deglobalisierung gehören auch Kapitalverkehrskontrollen, Massnahmen

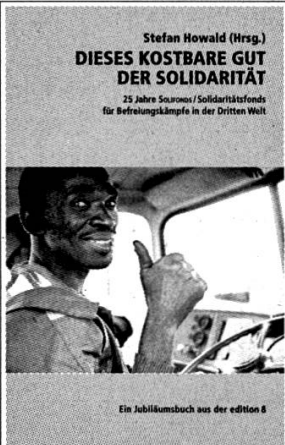
zur Stabilisierung des Währungssystems und Massnahmen zur Stärkung der nationalstaatlichen ökonomischen Handlungsfähigkeit als Grundlage der Demokratie. (Vgl. dazu und zum Folgenden die Erklärung von Peking 2008 und die Plattform der Konferenz von Caracas 2008.)

Sehr wichtig für die Lockerung der Abhängigkeit von den imperialistischen Zentren sind regionale Integrationen und Kooperationen, wie sie heute in Lateinamerika im Aufbau sind (wie z.B. UNASUR in Lateinamerika), um einen Kampf aller gegen alle und den Rückfall in reaktionäre Nationalismen, die sich in Europa abzeichnen, zu vermeiden. An der Konferenz der ALBA-Länder in Caracas vom 25. November 2008 beschlossen die Präsidenten Venezuelas, Boliviens, Ecuadors, Nicaraguas zusammen mit Vertretern Kubas und der Dominikanischen Republik die Einführung einer gemeinsamen Währung und eines Finanzausgleichs zwischen ihren Ländern. Ein regionaler Zahlungsausgleich oder eine regionale Alternative zum IWF, wie der geplante Fondo del Sur, würde die Abkoppelung vom Dollar-Wallstreet-Regime erleichtern. Mithilfe einer regionalen Koordination der Geld- und Währungspolitik ist einem möglichen Abwertungskrieg konkurrierender nationaler Währungen zu begegnen. Wichtig sind regionale Fonds, wie der Fondo del Sur, auch zur Milderung von Krisenfolgen, zur Gewährung von Entwicklungskrediten für die Ernährungssicherheit und für die Sicherung der Energieversorgung. Dazu müssen regional koordinierte Massnahmen gegen die Inflation und deren verheerende Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der breiten Bevölkerung geprüft und vorbereitet werden.

Internationale und bilaterale Freihandelsabkommen von Ländern des Nordens mit Ländern der Peripherie hingegen haben dagegen keine Priorität; sie sind, wenn sie nachteilige Folgen für die Bevölkerung haben, zu bekämpfen. Falls die internationalen Finanzinstitutionen – Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Welthandelsorganisation – nicht grundlegend demokratisiert und auf andere Ziele ausgerichtet werden, ist der Rückzug aus diesen Institutionen, wie ihn verschiedene Länder Lateinamerikas vollzogen haben, Venezuela folgend, der richtige Weg. Auf der Tagesordnung steht auch, wie es Bolivien tat, der Rückzug aus dem Investitionsgericht der Weltbank, dem sogenannten CIADI. Die Finanzinstitutionen sind als imperialistische Instrumente des Nordens zu neutralisieren und der Aufsicht und Kontrolle des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO zu unterstellen. Einem Abschluss der DOHA-Runde im Rahmen der Welthandelsorganisation kann nur zugestimmt werden, wenn sie, wie ursprünglich versprochen, tatsächlich zur Stärkung der peripheren Ökonomien auf dem Weltmarkt führt.

## Literatur

- Altwater, Elmar, 2008: Viele Krisen in einer. In: Wochenzeitung WOZ, Nr. 48, 27. November
- Baker, Dean, 2007: The Economic Impact of the Iraq War and Higher Military Spending. Center of Economic and Policy Research (CEPR), Washington. Verfügbar auf: [www.cepr.net](http://www.cepr.net)
- Bello, Walden, 2002: Deglobalisation. Ideas for a New World Order. London
- Bello, Walden, 2008: Kapitalismus in apokalyptischer Stimmung. Auf: <http://zmag.de>
- Boris, Dieter, 2008: Lateinamerika und die globale Finanzkrise. Abgedämpfte Schockwellen. In: WEED, Dezember, Berlin
- Debatte, 2008: Schwerpunkt Finanzmarktkrise. Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus. Nr.7, Dezember
- Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2006: Über den Keynesianismus hinaus. Widerspruch Heft 50, Zürich
- Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2008: Radikale Demokratie statt Korporatismus. In: Ringger, Beat (Hg.): Zukunft der Demokratie. Das postkapitalistische Projekt. Zürich
- Erklärung von Peking: The Global Economic Crisis: An Historic Opportunity for Transformation. Auf: [www.casinocrash.org](http://www.casinocrash.org). Übersetzt in: Sand im Getriebe 70, Rundbrief von ATTAC- Deutschland, Nov. 2008
- Gowan, Peter, 1999: The Global Gamble. London
- Hafner, Wolfgang, 2002: Im Schatten der Derivate. Das schmutzige Geschäft der Finanzelite mit der Geldwäsche. Frankfurt am Main
- Harvey, David, 2005: Der neue Imperialismus. Hamburg
- Huffs Schmid, Jörg, 2007: Internationale Finanzmärkte: Funktionen, Entwicklung, Akteure. In: Huffs Schmid, Jörg / Köppen, Margrit / Rhode, Wolfgang (Hg.): Finanzinvestoren – Retter oder Raubritter. Hamburg
- Husson Michel, 2008: La trajectoire de la crise und andere Aufsätze. <http://hussonet.free.fr>
- Madörin, Mascha, 2008: Vom Dienen und Verdienen. In: Wochenzeitung WOZ Nr. 48, Nr.48, 27. November
- Petras, James / Veltmeyer, Henry, 2001: Globalisation Unmasked. Imperialism in the 21st Century. London
- Plattform der Konferenz in Caracas vom 7./8. Oktober 2008: Responses from the South to the World Economic Crisis. Deutsche Übersetzung in: Correos de las Americas, Nr. 155, Nov.
- Tandon, Yash, 2008a: The Global Economic Crisis: A Historic Opportunity for Transformation. <http://focus.web.org>
- Tandon, Yash, 2008b: From Washington to Beijing via Doha: Time for a New Bretton Woods Conference. [www.insouth.org](http://www.insouth.org)

 <p>Stefan Howald (Hrsg.) <b>DIESES KOSTBARE GUT DER SOLIDARITÄT</b> 25 Jahre Solifonds / Solidaritätsfonds für Befreiungskämpfe in der Dritten Welt</p> <p>Ein Jubiläumsbuch aus der edition 8</p>	<p><b>Solidarität – jetzt erst recht!</b></p> <p>«Der Solifonds ist 25 Jahre alt geworden. Das vorliegende Buch beeindruckt als Bestandesaufnahme einer «Aktions- und Soforthilfe» im Süden, ... aber auch durch entwicklungspolitische Anstösse für die Zukunft.»</p> <p>Willy Spieler in Neue Wege 7/8-2008</p> <p>208 Seiten, plus DVD, Fr. 24.–, edition 8, Zürich, 2008 ISBN 978-3-85990-132-2</p>
--	---